

## **Bürgerschaftliches Engagement und kommunale Daseinsvorsorge**

Roundtable am 17.10.2019

Knapp 30 Expertinnen und Experten aus Kommunen, Zivilgesellschaft und Wissenschaft diskutierten in Berlin über Fragen der Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements für die kommunale Daseinsvorsorge. Veranstalter waren das Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (ZZE) an der Evangelischen Hochschule Freiburg und der Deutsche Landkreistag.

Der Zweite Engagementbericht der Bundesregierung (2017) hat sich intensiv mit der Frage befasst, welchen Beitrag das freiwillige Engagement der Menschen zur Attraktivität von Städten, Gemeinden und Landkreisen leisten kann. Gerade in ländlichen Regionen stellen sich im Zusammenhang mit sozialen Wandlungsprozessen besondere Herausforderungen für die Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge. In den sozialen und demografischen Wandlungsprozessen stellt sich die zentrale Frage, wie Bedingungen guten Lebens für alle Bürgerinnen und Bürger vor Ort sichergestellt werden können. Ein breiter Daseinsvorsorgebegriff leitete die Diskussion in Berlin.

Juristisch ist die Definition der Daseinsvorsorge unscharf, auch wenn sie vielfältig in gesetzlichen Regelungen aufgegriffen wird. Es bleibt ein deskriptiver Begriff, der aber eine große praktische Bedeutung für die Kommunalpolitik hat. Daseinsvorsorge von den differenzierten Lebenslagen der Menschen her zu denken, von ihren Bedürfnissen und Potenzialen, macht diese zu einer dauerhaften und reflexiven Gestaltungsaufgabe der Kommunen. Teilweise werden Daseinsvorsorgeaufgaben schon unter Einbeziehung von Engagierten gestaltet. Manches hat eine lange Tradition: von der Feuerwehr bis zum Katastrophenschutz sind diese Engagementformen in Deutschland lange bekannt und bewährt. Neue Herausforderungen, sei es in der Pflege, in der gesundheitlichen Versorgung, in Fragen von Mobilität und sozialer Infrastruktur, lassen aber noch große Potenziale der gemeinschaftlichen Gestaltung erkennen.

Die Voraussetzungen dafür wurden mit Beispielen aus Praxisprojekten und Forschung vorgestellt und diskutiert. Hier kommen koproduktive und experimentelle Ansätze zum Einsatz, etwa durch Bürgerbäder oder Bürgerbusse. Es kann jedoch nicht darum gehen, Pflichtaufgaben der Kommunen aus fiskalischen Erwägungen auf Ehrenamtliche zu übertragen: freiwillig Engagierte sind keine Lückenbüßer! Ihr Engagement entsteht vielmehr „von unten“ und baut auf einer Haltung ihrer Mitverantwortung als Bürgerinnen und Bürger auf. Nicht umsonst hat sich der Zweite Engagementbericht von einem Pflichtenverständnis von Engagement verabschiedet und verfolgt eine Philosophie der Tugend.

Das freiwillige Engagement im Kontext der Daseinsvorsorge sollte besonders auch Diejenigen erreichen, die gesellschaftlich benachteiligt sind und unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten in besonderer Weise in den Blick zu nehmen sind. Also Menschen, die sich in prekären Lebenslagen befinden oder mit Hürden für eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben konfrontiert sind. Dafür bedarf es eines „diskreten Monitorings“ und einer „Awareness“ gegenüber den vielfältigen Lebenssituationen der Menschen. Nicht das, was irgendwie möglich ist, sondern das, was eine hohe Relevanz für die Gewährleistung von Daseinsvorsorge hat, gilt es kommunalpolitisch aufzugreifen und zu gestalten.

Daseinsvorsorge mit Unterstützung von freiwilligem Engagement sicherzustellen bedarf immer wieder der Rückbindung an die demokratisch gewählten Gremien und darüber hinaus an partizipatorische Beteiligungsformen. Anderenfalls besteht die Gefahr, dass sich von der Kommunalpolitik abgekoppelte Formen der Daseinsvorsorge entwickeln, die nicht mehr den demokratischen Prinzipien verpflichtet sind, sondern Einzelinteressen bedienen. Dies ist essenziell für die Sicherung demokratischer Kulturen

und Strukturen: Engagement und politische Beteiligung hängen als „zwei Seiten einer Medaille“ untrennbar zusammen.

Mit Blick auf Wohlfahrtsverbände, aber auch gewerbliche Akteure, wurde eine selbstkritische Haltung gegenüber deren bisweilen problematischer Eigenlogik und Selektivität von Institutionen und ihrer Reichweite angemahnt. Kritisiert wurden auch aus einer Sozialversicherungslogik heraus entwickelte bürokratische Formen der Einbeziehung von Freiwilligen im Bereich der Pflegeversicherung. Die Teilnehmenden äußerten sich zudem mehrheitlich kritisch, wenn es um monetäre Anreize im Engagement geht.

In jedem Fall benötigt eine Daseinsvorsorge, die auch auf das Engagement der Bürgerinnen und Bürger setzt, klare Governance-Strategien. Notwendig sind fachliche Kompetenz und materielle Ressourcen, und dies jenseits von kurzfristigen Projektförderungen. Es wurde übereinstimmend die Ansicht geteilt, dass Projektförderungen häufig zu kurz angelegt und zudem oft nicht geeignet sind, vor Ort verlässliche Strukturen dauerhaft abzusichern und zu finanzieren.

*Thomas Klie und Erik Rahn*